

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlag: Elbgaupresse Dresden Nr. 31307
 Red.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwiger Anzeiger

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Giro-Konto Dresden Nr. 656
 Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Girsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hostowitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsgesellschaft Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Ersteinst täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Kur ein Viertel, Wochen-Laden, Aus alter u. neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. M. 2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.20. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Anzahl d. Leitzeldes. Druck: Clemens Landgraf Radst., Dresden-Friedrichstadt. Bei unterm. eingelangt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Ferndr. aufgegeben werden, kann wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen

Anzeigen werden die 8-spaltige Post-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Zeichnungen werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseritionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zellenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattpfand erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konturs d. Auftraggebers

Redaktion und Expedition
 Blasewitz, Loschwiger Str. 4
 91. Jahrgang

Nr. 54

Mittwoch, den 5. März

1930

Hat man den Ausweg gefunden?

Abermals 24 Stunden
 Gnadenfrist

Die Sitzung des Reichskabinetts am Dienstagmorgen war nur von kurzer Dauer. Sie brachte wieder keine Entscheidung, die nunmehr wohl erst heute abend nach den Fraktionsitzungen der Sozialdemokraten und des Zentrums fallen wird. Erst dann wird das Reichskabinett in der Lage sein, einen endgültigen Beschluß über die Frage des Notopfers bzw. über die Verbundenheit zwischen Youngplan und Reichshaushalt 1930/31 zu fassen.

Beitragserhöhung statt Notopfer

In der Kabinettsitzung am Dienstag fand ein neuer Vorschlag zur Aussprache, der unter Vermeidung jeder direkten Besteuerung den 100-Millionen-Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung auf andere Weise decken soll. Nach den näheren Einzelheiten lehnt er sich dem ursprünglichen

Entwurf Dr. Moldenhauers an, nach dem man der Reichsanstalt selbst die Sorge um ihre Sanierung überlassen sollte.

Wie die „Post. Ztg.“ erfährt, ist zur Beschaffung der notwendigen 100 Millionen erstens die Autonomisierung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung vorgesehen, d. h. die

Ermächtigung zur Beitragserhöhung um ¼ Prozent, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich darüber einigen.

Durch eine solche Maßnahme würden 70 Millionen mehr einkommen. Der Restbetrag von etwa 30 Millionen solle aus dem Reservefonds der Bank für die Industrieobligationen entnommen werden. Da ein stufenweiser Abbau der Industriebelastung vorgezogen sei und die Bank in absehbarer Zeit überflüssig werde, wäre die Verminderung ihres Reservefonds schon jetzt nicht ungewöhnlich. Da die Gefahr einer Regierungskrise akut geworden sei und man in Kreisen der Wirtschaft

diese Gefahr auch für wirtschaftlich höchst bedrohlich ansehe,

glaube man, daß jetzt die Arbeitgeber einer Beitragserhöhung um ¼ Prozent zustimmen würden, die zudem noch zur Hälfte von den Arbeitnehmern getragen

werden müßte. Man glaube, daß auf dieser Basis eine Einigung in der Koalition herbeizuführen sein werde.

Der „Vorwärts“ erscheint es schwer vorstellbar, daß die Volkspartei einem solchen Projekt zustimmen könnte, das sich keineswegs mit den wirtschaftspolitischen Richtlinien vereinbaren lasse, die die Deutsche Volkspartei aufgestellt habe. Auch die „D. N. Z.“ ist der Auffassung, daß eine Verstärkung der Industriebelastung, die eigentlich abgebaut werden sollte, eine unerträgliche Zumutung für die Volkspartei darstelle.

Fest zupacken!

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

Auch in Sachsen mehrten sich die Fälle von Gewalttätigkeit, Diebstahl, Drohung und Landfriedensbruch, die von der kommunistischen Partei veranlaßt werden, und zu denen die Agitation dieser Partei einen Teil der Bevölkerung anreizt. Ebenso liegt klar zutage, daß die kommunistische Partei

auf Weisung einer auswärtigen Macht handelt, um in deren Interesse Deutschland am Wiederaufbau einer gesunden staatlichen, wirtschaftlichen, sittlichen Ordnung zu hindern.

Angeichts dieser Tatsachen beantragen wir: der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, 1. mit allen Mitteln, die die Staatsgewalt, die Gesetzgebung und das Strafrecht in ihre Hand legen, dieser kommunistischen verbrecherischen Tätigkeit vorzubeugen

und sie nach Möglichkeit rücksichtslos zu unterbinden, 2. bei der Reichsregierung energisch darauf zu drängen, daß diese in ihrem Machtbereich in gleicher Weise vorgeht.

Die Parole für den 6. März

„Wir lassen uns nicht länger schlagen!“ so lautet die Parole, die von den Kommunisten für die am 6. März geplanten Demonstrationen gegen die „Weltarbeitslosigkeit“ ausgegeben worden ist. Die Berliner Presse beschäftigt sich sehr eingehend mit den kommunistischen Futtschabsichten, wobei meistens betont wird, daß die Polizei imstande sein wird, schwere Zusammenstöße durch rechtzeitige Auflösung etwaiger Ansammlungen zu verhindern.

Bayerisches Demonstrations-Verbot

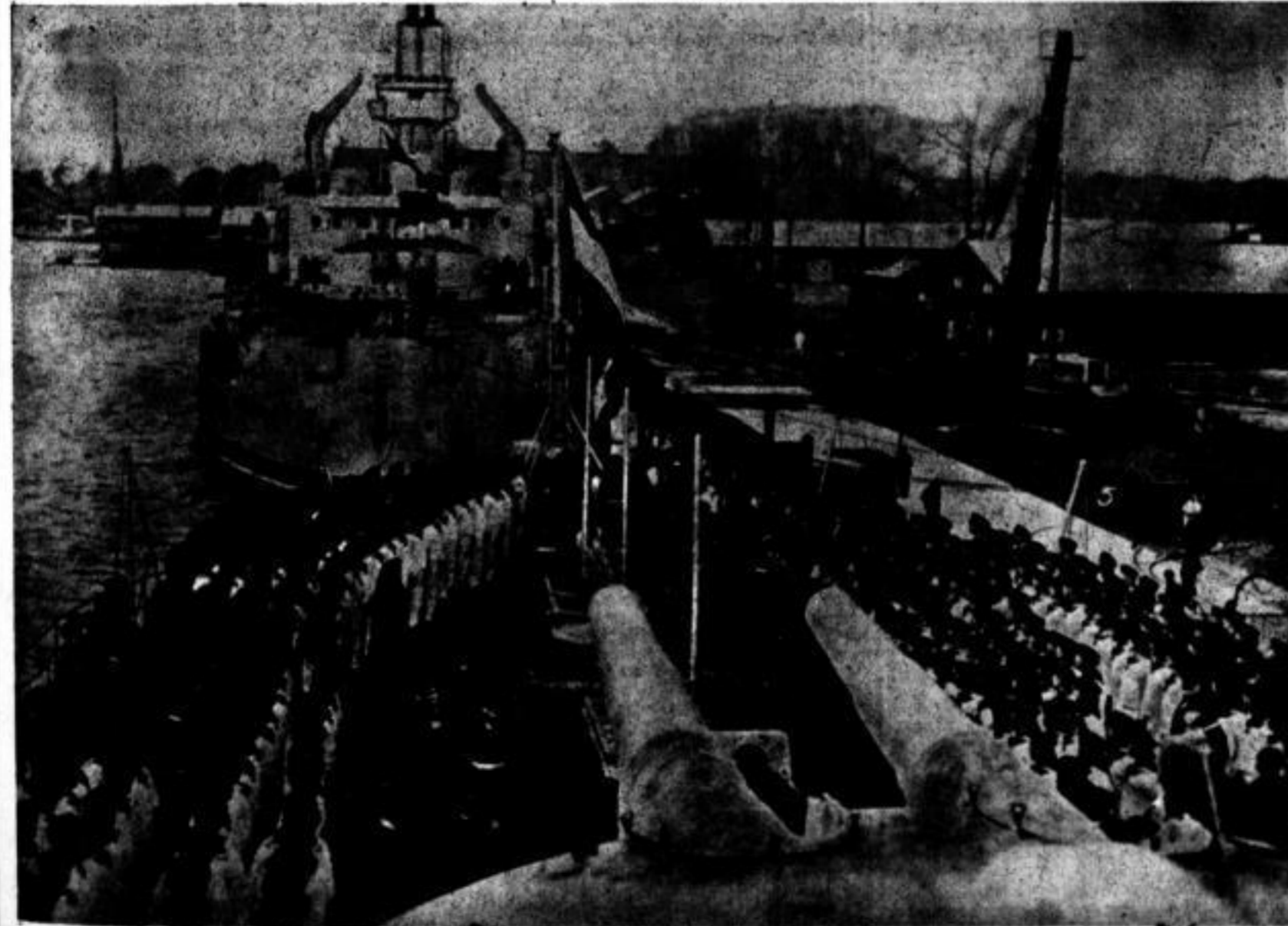
Die Münchener kommunistische „Neue Zeitung“ kündigt an, daß auch in Bayern der 6. März in allen größeren Städten Kundgebungen und Aufmärsche bringen werde. Es ist unter anderem geplant, am 6. März Hungermärsche durchzuführen von den Wohnorten zu den Stempelstellen, um dort zu demonstrieren.

Die Polizeidirektion München hat daraufhin alle diese geplanten Demonstrationen und Kundgebungen unter Hinweis auf die entsprechenden Bestimmungen in der Reichsverfassung verboten.

Die Waffendiebstähle in Leipzig vollkommen geklärt

Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen in der Waffendiebstahlsache haben folgendes Ergebnis gehabt:

Etwa Ende Januar d. J. hat der Tarifangestellte Pestner, der bei der Lagerverwaltung der Reichswehr beschäftigt war und sich in Geldschwierigkeiten befand, auf dem Büro der Sächsischen Arbeiterwehr im Franz-Mehring-Haus die Waffen der Reichswehr dem Stadterordneten Hofmann zum Kauf angeboten. Als Preis für den Verrat wurden von P. 2000 RM. gefordert. H. erklärte ihm, die Sache sei schon zu machen, aber er selbst wolle nichts damit zu tun haben. Vielmehr vermittelte H. eine Bekanntschaft zwischen P. und dem Mitglied der kommunistischen Partei und früherem Notenkämpfer Ernst Döring, der im wesentlichen die Verhandlungen geführt und dem P. noch vor Ausführung des Diebstahls 300 RM. übergeben hat. Nach der Tat hat Döring dem P. weitere 500 RM. übergeben. Die restlichen 1200 RM. sollte P. noch erhalten. Die Waffen sind bereits am Abend des 22. Februar mittels eines Chevrolet-LKW unentdeckt aus dem Lagergebäude heraus abtransportiert worden. Die während der Untersuchung von kommunistischer Seite aufgestellte Behauptung, der ganze Diebstahl gebe auf die Tätigkeit eines Lockspießels zurück, entbehrt jeder Begründung. Der erste Anlaß zu dem Diebstahl war die Geldnot des Herrn P., der zweifellos über seine Verhältnisse gelebt hat. Döring und Pestner sind am Montagvormittag festgenommen worden und werden wie die übrigen an der Sache Beteiligten dem Herrn Oberreichsanwalt ausstellt, der von sich aus die Bestellung eines Untersuchungsrichters in dieser Sache bereits beantragt hat.



Linien Schiff „Hannover“ wieder im Dienst

Unser Bild zeigt die Dienstübernahme der neuen Besatzung des jetzt modernisierten Linienschiffes „Hannover“, das das Linienschiff „Elfa“, das wegen allzuarter Ueberalterung ausgedient mußte, ersetzt. Im Hintergrund liegt die „Schleswig-Holstein“, ein ebenfalls sehr altes, aber noch im Dienst befindliches Schiff.